Änderungsantrag

TOP:	
Vorlagen-Nummer:	**VI/2015/01570**
Datum:	16.12.2015
Bezug-Nummer.	VI/2015/01200
PSP-Element/ Sachkonto:	
Verfasser:	Dr. Meerheim Bodo; Krause, Johannes; Dr. Brock, Inés; Wolter, Tom

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	16.12.2015	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 - Vorlage: VI/2015/**

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit werden zur Förderung der Jugendarbeit in freier Trägerschaft 250.000 € mehr eingestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 100 T€ aus den zusätzlich für die Bauunterhaltung von Schulen durch Umverteilung vom FB 24 bereitzustellenden Mittel (Bereitstellung von 300 T€ statt 400 T€) und durch die Aufstockung der globalen Minderausgabe (GMA) um 150 T€.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD- Fraktion

Dr. Inés Brock
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

gez. Tom Wolter
Vorsitzender der Fraktion
MitBÜRGER für Halle/NEUES FORUM

Begründung:

Insbesondere durch die Kürzung bzw. den Wegfall von BuT-Mittel des Bundes ist ab 2016 die Finanzierung der Angebote der freien Träger in der Jugendarbeit (präventive Art der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien) in höchstem Maße gefährdet.
Dies wirkt auch deshalb, weil die Stadtverwaltung mit der Einführung von Möglichkeiten der Finanzierung aus dem BuT-Fond eigene Mittel im Ansatz in den vergangenen Jahren gekürzt hat und nunmehr offenbar nicht plant, diese Eigenmittel wieder zur Verfügung zu stellen, um die dringend notwendige Arbeit aufrecht zu erhalten. Würde es bei der aktuell vorgeschlagenen erheblichen Kürzung bleiben, müssten ganze Einrichtungen der Jugendarbeit geschlossen bzw. andere Angebote der freien Träger in der Jugendarbeit wegfallen. Mittelfristig könnte es zu einem Kostenaufwuchs in der nachsorgenden Arbeit kommen(HzE).

Nach Rücksprache mit Vertretern der freien Träger würden sie ihre Arbeit- zwar mit Einschränkungen , aber ohne die Schließung von Einrichtungen - fortführen können, wenn dafür ca. 250 000 € zusätzlich durch die Stadt im Haushalt 2016 bereit gestellt werden könnten.